

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 113 (1980)
Heft: 35

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Verlegung des Schuljahrsbeginns auf den Spätsommer

Ergebnis der Vernehmlassung

Anfangs April wurden von der Erziehungsdirektion die Entwürfe betreffend die Verlegung des Schuljahrsbeginns auf den Spätsommer in die Vernehmlassung gegeben.

Von 49 zur Vernehmlassung aufgeforderten Organen antworteten deren 42.

Die eingegangenen Stellungnahmen ergaben für die Erziehungsdirektion einen wertvollen Überblick über die allgemeine Auffassung zum Spätsommerschulbeginn und zu den vielseitigen Problemen über die geplante Gesetzesänderung des Primar- und Mittelschulgesetzes sowie des Dekretes für die Übergangslösung.

Die Erziehungsdirektion dankt den Vernehmlassern für die eingegangenen Stellungnahmen.

Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse wiedergegeben:

1. Grundsätzliche Einstellung zur Verlegung des Schuljahrsbeginns auf den Spätsommer

Mit einer Ausnahme (Landwirtschaftsdirektion) äusseren sich alle Vernehmlasser – sofern sie sich über die Grundsatzproblematik des Spätsommerschulbeginns aussprachen, in positivem Sinne.

Während die kantonalen Parteivorstände den Vorstoss zur äusseren Schulkoordination durchwegs begrüsst, stimmten mehrere Vernehmlasser der Vorlage ohne grosse Begeisterung zu. Wohl wurde überall erkannt, dass wegen der vielen politischen Initiativen und der für den französischsprachigen Kantonsteil auslaufenden Sonderregelung eine neue Entscheidung gesucht werden muss. Es wurde klar gefordert, dass einer äusseren Harmonisierung im schweizerischen Schulwesen eine eigentlich dringlichere und mehrbringende innere Koordination (Angleichung der Lehrpläne, gleiches Übertrittsalter in die Sekundarstufe 1, gleichzeitiger Beginn des Fremdsprachenunterrichts) folgen muss. Somit dürfte die Angleichung des Schuljahrsbeginns nicht Selbstzweck sein und von den dringlicheren Koordinationsproblemen ablenken.

Die Umfrage des Bernischen Lehrervereins ergab ein weites Auseinandergehen der Meinungen. Während sich alle Stufenorganisationen für den Spätsommerschulbeginn aussprachen, kam bei den Sektionen nur eine kleine diesbezügliche Mehrheit zustande. Die Einstellung der Sektionen ist nicht regional einheitlich, äusserten sich doch einzelne Stadt- und Agglomerationssektionen gegen den Spätsommerschulbeginn, während einzelne Landsektionen diesen als Beitrag zur Schulkoordination begrüsst.

Die beratenden Organe der Erziehungsdirektion und die Kommissionen der höheren Mittelschulen befassten sich vor allem mit den Detailproblemen der Gesetzesänderung und des Dekrets.

Vielen Gymnasiumskommissionen war das Eingehen auf die Grundsatzfrage erschwert, weil in der Vorlage der Zeitpunkt der Maturitätsprüfungen und die Dauer der Gymnasialzeit nach dem vorgesehenen Langschuljahr bewusst ausgeklammert wurde. Dieser Problembereich muss mit den Direktbetroffenen noch eingehend besprochen werden.

2. Stellungnahmen zur Gesetzesänderung PSG/MSG

Da vor Beginn des zweiten Semesters (1. Februar) eine Zäsur fehlt, werden organisatorische Schwierigkeiten befürchtet.

Mit grossem Nachdruck wird ein für den ganzen Kanton einheitliches Stichtatum (1. Mai) für die schulpflichtig werdenden Kinder gefordert.

3. Stellungnahmen zum Dekret

Einhellig begrüsst wurden die vorgeschlagene Übergangslösung mittels eines Langschuljahres, die Semester-einteilung im Langschuljahr und der Verzicht auf eine Aufstockung der Unterrichtspensen.

Die vorgeschlagenen Schulzeiten für die Oberprima und die Handelsmittelschulen sowie das gleichzeitige Umstellen an den Berufsschulen fanden Zustimmung.

Wiederholt wurden aber Bedenken vorgebracht, dass die Berufsschulen und Berufslehren die Umstellung nicht rechtzeitig zustande brächten, was dann wiederum negative Folgewirkungen für verschiedene Schulstufen mit sich bringen könnte.

Bedenken wurden auch wegen des Anstellungsverhältnisses der Berufs- und Handelsschullehrer zwischen dem 1. April und dem 31. Juli 1982 geäussert. Mit Deutlichkeit wurde das Anliegen geäussert, dass Lohnkürzungen nicht in Frage kämen, und dass diese Lehrer wegen ihrer Unterrichtsverpflichtungen an unteren Klassen auch nicht generell zu Fortbildungskursen aufgeboten werden könnten.

Inhalt – Sommaire

Verlegung des Schuljahrsbeginns auf den Spätsommer	235
Aus unserer Versicherungskasse	236
Nyafaru-Schulhilfe BLV	239
Sektion Thun-Land	240
An die Kollegenschaft	240
Buchbesprechung	241
Section Bienne-La Neuveville de la SEB	241
Moutier: dans le cadre de la Quinzaine culturelle	242
Marché du travail dans le canton de Berne: forte baisse du chômage	242
Déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été	243
Notre Caisse d'assurance	244
Caisse d'assurance du corps enseignant bernois	245

Um die Verschiebung bei den Schuleintritten zu lösen, wurden zwei Varianten vorgeschlagen. Mehrheitlich wurde die Vier-Schritt-Variante befürwortet. Andere Vernehmlasser zogen einen raschen Übergang vor und bevorzugten die Zwei-Schritt-Variante.

Der vorgeschlagene Termin (zwischen Frühjahrs- und Sommerferien) für die Aufnahmeprüfungen in die Sekundarschulen und in die höheren Mittelschulen fanden allgemein Zustimmung.

Die im Entwurf genannten Termine für die Abschlussprüfungen wurden als richtig erachtet. Die Seminare bevorzugten als Termin für die Patentprüfung II die Monate Februar/März 1983. Zudem soll ein Fortbildungsangebot sowohl für die Seminar- wie für die Junglehrer vorgesehen werden.

Für das finanziell aufwendigere Langschuljahr (Exkursionen, Studienwochen usw.) wurden vereinzelt zusätzliche Subventionen gefordert.

Wiederholt wurde für das Langschuljahr ein zusätzlicher Rücktrittstermin für Lehrer gefordert.

Bei den abweichenden Bestimmungen wurde eine flexible Handhabung bei der Dispensation von Neuntklässlern erwartet. Jedenfalls wünscht man keine Klassenzusammenlegungen.

Die von der Erziehungsdirektion eingesetzte Arbeitsgruppe wird nun die eingegangenen Stellungnahmen werten und entsprechende Änderungsvorschläge ausarbeiten. Diese werden der Erziehungsdirektion und anschliessend den Direktionen des Regierungsrates unterbreitet, mit dem Ziel, die Vorlage im Herbst 1980 durch den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates zu verabschieden. Der Terminplan sieht die Behandlung im Parlament in der Februar- und Mai-Session 1981 des Grossen Rates vor.

Der Beauftragte für Schulkoordination

Aus unserer Versicherungskasse

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 25. Juni 1980 haben die 98 anwesenden Abgeordneten den Verwaltungsbericht für das Jahr 1979 ohne Gegenstimmen gutgeheissen. Anschliessend äusserte sich *Vorsteher Edgar Sulzberger* noch ergänzend dazu. Wir entnehmen seinem Bericht das Folgende:

«In Publikationen im ‚Amtlichen Schulblatt‘ und im ‚Berner Schulblatt‘ haben wir unsere Mitglieder über die Neuerungen orientiert (*Nachtrag I zu unsern Statuten*). Eine wichtige Änderung betrifft den Artikel 23, der die Vorschriften bei einem freiwilligen Austritt aus der Kasse ordnet. Mitglieder, die mehr als vier volle Beitragsjahre aufweisen, erhalten für jedes darüber hinausgehende Beitragsjahr im Sinne einer zusätzlichen Freizügigkeitsleistung einen Zuschlag von 4% der geleisteten Beiträge ohne Einkaufssummen. Durch das *Barauszahlungsverbot* sind wir verpflichtet, die Abgangsentschädigung der Vorsorgeeinrichtung des künftigen Arbeitgebers zu übertragen. Tritt das Mitglied keine neue Stelle an, so haben wir nach Wahl des Mitgliedes dessen Ansprüche entweder für eine Freizügigkeitspolice dem POOL Schweizerischer Lebensversicherungs-Gesellschaften oder einer Bank zur Errichtung eines Sperrkontos zu überweisen. Diese Sperrkonti werden bei einer Bank geführt, und unser Mitglied hat den Vorteil,

für sein Guthaben einen höheren Zins zu erhalten, und zudem hat es dieses nicht zu versteuern. Tritt der Lehrer später wieder einer Pensionskasse bei, kann das Sperrkonto aufgelöst und der Gegenwert für einen notwendigen Einkauf oder die Anrechnung von Kassenjahren verwendet werden.

Eine Barauszahlung ist nur dann möglich, wenn

- eine verheiratete oder eine vor der Heirat stehende Frau die Erwerbstätigkeit aufgibt,
- ein Mitglied die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit nachweist, oder wenn es
- die Schweiz endgültig verlässt.

Nicht alle austretenden Mitglieder haben diesen Frühling die neuen statutarischen Bedingungen verstanden, doch konnten nach einer Beratung allfällig auftretende Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege geräumt werden.

Nach den Übergangsbestimmungen können während des Kalenderjahres 1980 die *bisherigen Mitglieder der Sparkasse zur Versicherung übertreten*. Über diese Aktion haben wir unsere Mitglieder ebenfalls im ‚Amtlichen Schulblatt‘ wie im ‚Berner Schulblatt‘ orientiert; zusätzlich haben wir jeden Spareinleger mit einem persönlichen Zirkular auf die Möglichkeit eines Übertrittes aufmerksam gemacht. Bis zum heutigen Tag haben von den 98 Spareinlegern deren 98 den Übertritt gewünscht. Weitern rund 150 Mitgliedern haben wir bereits ausgerechnet, wie gross das Sparguthaben, die Leibrente oder die normale Kassenrente im Zeitpunkt des Altersrücktrittes wären. Erwartungsgemäss wird sich noch eine grössere Zahl von Mitgliedern kurz vor Abschluss der gegenwärtigen Aktion zum Übertritt entschliessen. Ich möchte Sie bitten, Ihre verheirateten Kolleginnen, die der Kasse als Spareinleger angehören, auf die Möglichkeit eines Übertrittes aufmerksam zu machen; Ende Dezember 1980 läuft die Frist für den Übertritt ab.

Auch im abgelaufenen Jahr war es mir eine selbstverständliche Pflicht, ratsuchenden Mitgliedern wegen eines vorzeitigen Pensionierungsgesuches zu helfen. Im Gespräch mit dem Mitglied können die notwendigen Massnahmen erläutert und der Weg gezeigt werden, der zu beschreiten ist. Einem Gesuch um vorzeitige Pensionierung sollte in jedem Fall ein Krankheitsurlaub vorangehen.

Der Lehrer hat im Krankheitsfall während einer gewissen Zeit Anspruch auf die volle Besoldung. Tritt trotz des Krankheitsurlaubes und der ärztlichen Kunst keine wesentliche Besserung ein, wird das Mitglied entweder für eine bestimmte Dauer provisorisch oder eventuell definitiv pensioniert. Manchmal hilft schon eine Reduktion der wöchentlichen Lektionenzahl, die Arbeitsfähigkeit teilweise wiederherzustellen. Wir haben dann die Möglichkeit, auf den weggefallenen Verdienstteil eine Teilpension auszurichten. Vergessen wir eines nicht: Die Eidgenössische Invalidenversicherung gewährt nur dann eine Rente, wenn der Versicherte vorher 360 Tage lang arbeitsunfähig war. Mit der Lohnersatzkasse des BLV und unserer Zusatzpension zusammen kann das vorzeitig pensionierte Mitglied vorübergehend Leistungen bis zu seiner früheren Nettobesoldung erhalten.

Das Durchschnittsalter unserer Rentenbezüger ist recht hoch. Wir stellen ausserdem fest, dass wir fast jedes Jahr einem pensionierten Mitglied zum 100. Geburtstag gratulieren und mit einer kleinen Gabe eine Freude bereiten können.

Die gestiegene Lebenserwartung stellte sowohl das Eidgenössische Statistische Amt wie auch die Eidgenössische Versicherungskasse fest. Die Schweizer leben länger, was durch die statistischen Zahlen auf allen Altersstufen bewiesen wird. Aufgrund der neuen Sterbetafeln müssen die Reserven für die Deckung der erhöhten Verpflichtungen verstärkt und das Deckungskapital in Zukunft um rund 7 % erhöht werden. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob die Einkaufstarife für fehlende Kassenjahre den neuen Verhältnissen anzupassen sind und ob die zurzeit von Mitglied und Arbeitgeber erhobenen Beiträge genügen, um inskünftig das finanzielle Gleichgewicht der Pensionskasse zu gewährleisten. Diese frohe Botschaft bedeutet ‚Des Einen Freud‘ – nämlich für den Versicherten, aber ‚Des Andern Leid‘ – nämlich das der Pensionskasse.

Unsere Kasse hat vor einem Jahr vorgeschlagen, in die Statuten einen Artikel für eine *flexible Pensionierung* einzubauen. Die Delegiertenversammlung hat dieser Neuerung zugestimmt. Leider hat der Regierungsrat des Kantons Bern die entsprechende Bestimmung bis jetzt nicht genehmigt, weil die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung eine ähnliche Lösung zurzeit noch nicht kennt. In der kommenden September-Session soll nun dem Grossen Rat des Kantons Bern ein entsprechender Vorschlag für das Staatspersonal unterbreitet werden. Hoffen wir, dass der Antrag genehmigt wird. Unserer Kasse sind letztes Jahr bereits 10 Gesuche um Gewährung einer vorverlegten Pensionierung zugegangen. Aus den erwähnten Gründen mussten diese Gesuche leider alle zurückgestellt werden.

Sie haben heute zu einem Statutenentwurf Stellung zu nehmen, der die Versicherung der provisorisch gewählten Lehrer regeln soll (s. unter: Statutenrevision, Nachtrag II). Obschon diese Neuordnung für die Verwaltung eine grosse zusätzliche Aufgabe bedeutet, stehen wir dem bedeutenden Schritt zur Schliessung der noch bestehenden Lücke in der sozialen Sicherheit der Lehrer positiv gegenüber. Wir verstehen den Wunsch der Behörden, der Schulinspektoren und vieler Kollegen, dass in Zukunft die provisorisch gewählten Lehrer ebenfalls dem Versicherungsobligatorium zu unterstellen sind. Dabei hoffen wir, dass die wirklich davon Betroffenen nicht unglücklich sind, wenn sie nun neu Beiträge an die Pensionskasse zahlen müssen. Wir möchten wünschen, dass der Regierungsrat der Statutenänderung – sie kostet Staat und Gemeinden immerhin jährlich rund 2 Millionen Franken – die Genehmigung nicht versagen wird.

Unsere Jahresrechnungen wurden durch die Prüfungskommission in 10 Sitzungen geprüft. Die Prüfung umfasst neben den Unterlagen für die Berechnung der versicherten Verdienste die umfangreiche Belegsammlung und die Buchhaltung. Die Entscheide der Verwaltungskommission und die Pensionierungsdossiers werden ebenfalls einer Prüfung unterzogen.

Ihnen, sehr verehrte Delegierte, möchte ich für Ihre Mitarbeit zum Wohle der Mitglieder und unserer Kasse bestens danken, möchte Sie ermuntern, Probleme mit uns zu besprechen; vielleicht können wir Ihnen helfen, sie zu lösen. Meinen zuverlässigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich bei dieser Gelegenheit ebenfalls für ihre tatkräftige Unterstützung im abgelaufenen Jahr herzlich danken.»

Seine Ausführungen schloss Vorsteher Sulzberger mit einem Zitat aus dem Bändchen «Quellen persischer Weisheit»:

Drei Dinge suchet nicht, denn ihr sucht sie vergeblich: Einen Wissenden, dessen Taten seinem Wissen gemäss sind, einen Tatkräftigen, dessen Herz mit seinen Taten übereinstimmt, und einen Menschenbruder ohne Fehler.

Statutenrevision

Die Delegiertenversammlung hat am 25. Juni 1980 folgenden *Nachtrag II zu den Statuten* vom 24. Januar 1973 zugestimmt:

Die Statuten vom 24. Januar 1973 werden wie folgt abgeändert:

Artikel 2 Mitglieder

¹ Der Kasse haben, vorbehältlich Absatz 4, beizutreten:

- a) Die im Kanton Bern an öffentlichen Primar- und Mittelschulen definitiv oder provisorisch für mindestens ein Jahr angestellten Lehrkräfte;
- b) die an staatlichen Heimen, in denen Kinder im schulpflichtigen Alter unterrichtet werden, angestellten Lehrkräfte;
- c) alle an diesen Schulen und Heimen definitiv oder provisorisch für mindestens ein Jahr angestellten Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen;
- d) die definitiv oder provisorisch für mindestens ein Jahr angestellten Kindergärtnerinnen.

² In die Kasse können durch Beschluss der Verwaltungskommission, vorbehältlich Absatz 4, aufgenommen werden:

- a) die im Kanton Bern an öffentlichen Berufsschulen definitiv oder provisorisch für mindestens ein Jahr angestellten Lehrkräfte;
- b) an privaten Schulen und Heimen im Kanton Bern für mindestens ein Jahr angestellte Lehrkräfte;
- c) an ausserkantonalen Schulen und Heimen und an Auslandsschweizerschulen angestellte Lehrkräfte mit bernischem Lehrausweis, sofern keine andere angemessene Versicherungsmöglichkeit besteht;
- d) das Personal der Kasse und Angestellte von Einrichtungen, deren Tätigkeit in engem Zusammenhang mit der bernischen Schule steht.

Voraussetzung ihrer Aufnahme ist, dass der Arbeitgeber sich zur Bezahlung der gesamten statutarischen Beiträge verpflichtet, sofern nicht der Grosse Rat durch Dekret eine andere Deckung beschliesst.

³ Die für ein zweites Halbjahr angestellten Lehrkräfte sind wie die für mindestens ein Jahr angestellten zu behandeln.

⁴ Lehrkräfte, deren Tätigkeit 34 % der Pflichtlektionenordnung nicht erreicht, werden nicht aufgenommen. Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen sind von dieser Bestimmung ausgenommen.

⁵ Lehrkräfte im Sinne dieser Statuten sind Primarlehrer, Sekundarlehrer, Gymnasiallehrer und Fachlehrer beiderlei Geschlechts, Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen sowie Kindergärtnerinnen mit staatlich anerkanntem Lehrausweis.

Artikel 3 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

¹ Der Beginn der Mitgliedschaft wird von der Kasse bei der Aufnahme festgesetzt. In der Regel fällt er zusammen mit dem Beginn des Schulsemesters.

² Die Mitgliedschaft endet mit dem Ausscheiden aus der Stellung, mit der die Zugehörigkeit zur Kasse nach Artikel 2 verbunden ist.

³ Wechselt ein Mitglied für eine bestimmte Zeit in ein provisorisches Anstellungsverhältnis, oder fällt sein Beschäftigungsgrad für längstens ein Jahr unter 34 % der Pflichtlektionenzahl, bleibt seine Mitgliedschaft erhalten, und die Beiträge sind weiterhin zu leisten.

⁴ Bezüger von Invaliden- und Alterspensionen nach Artikel 25 und von Leibrenten aus Sparguthaben nach Artikel 44 behalten die Mitgliedschaft.

⁵ Die Artikel 4 und 5 bleiben vorbehalten.

Artikel 11 Versicherter Verdienst

¹ Der versicherte Verdienst der Mitglieder, die nach kantonalen Erlassen oder vom Regierungsrat genehmigten Gemeindeerlassen besoldet sind, wird durch die kantonale Gesetzgebung festgesetzt.

² Für die übrigen Mitglieder setzt die Kasse den versicherten Verdienst nach Anhören des Arbeitgebers fest.

³ Bei Herabsetzung des versicherten Verdienstes wegen verminderter Tätigkeit an der bisherigen Stelle oder Wegfalls einer Funktionszulage kann das Mitglied für den wegfallenden Verdienstteil

a) die Weiterführung seines bisherigen versicherten Verdienstes verlangen, wenn es dafür die Bezahlung des Arbeitgeberbeitrages übernimmt, oder

b) auf die Weiterführung verzichten, wobei die von ihm selber bezahlten Beiträge ohne Zins zurückvergütet werden.

Das Mitglied hat seinen Entscheid der Kasse innert 30 Tagen mitzuteilen; dieser ist endgültig.

⁴ Wird der versicherte Verdienst später wieder erhöht, so ist die nach Absatz 3, lit. a, entstandene Überversicherung zu kompensieren.

⁵ Funktionszulagen können ohne spätere Kompensation weiterversichert werden, wenn diese wenigstens 10 Jahre versichert waren und die Abgabe der Funktion im Maximum 10 Jahre vor dem fakultativen Rücktrittsalter erfolgt.

⁶ Bei Herabsetzung des versicherten Verdienstes aus andern als in Absatz 3 genannten Gründen (zum Beispiel Stellenwechsel usw.) erhält das Mitglied eine Rückvergütung nach Absatz 3, lit. b.

Artikel 12 Mitgliederbeiträge

¹ Das Mitglied entrichtet:

a) wiederkehrende Beiträge von 7 % des versicherten Verdienstes;

b) einen monatlichen Beitrag von 3 Franken für die Finanzierung der Zusatzpension gemäss Artikel 27, Absatz 3. Für das nicht vollbeschäftigte Mitglied wird der Zusatzbeitrag durch eine Ausführungsbestimmung angemessen abgestuft;

c) einen einmaligen Beitrag von jeder generellen Erhöhung des versicherten Verdienstes, der durch Ausführungsbestimmungen so festgesetzt wird, dass er zusammen mit dem Arbeitgeberbeitrag ausreicht, um die Belastung zu decken, die der Kasse aus der Erhöhung erwächst. Vorbehalten bleibt der Beschluss des Staates über eine andere Deckung;

d) einen einmaligen Beitrag von $\frac{5}{12}$ jeder individuellen Erhöhung des versicherten Verdienstes. Vorbehalten bleiben die Absätze 2 und 3.

² Das Mitglied, das beim Inkrafttreten einer individuellen Besoldungserhöhung das 59. Altersjahr vollendet hat, kann auf seine Versicherung verzichten. Wünscht es die individuelle Besoldungserhöhung zu versichern, so hat es dafür das notwendige Deckungskapital einzuzahlen, abzüglich allfällige Beiträge des Arbeitgebers. Es hat seinen Entscheid der Kasse innert 30 Tagen mitzuteilen. Dieser ist endgültig.

³ Bei einer individuellen Erhöhung des versicherten Verdienstes wegen Pensenanänderungen darf der einmalige Beitrag nicht grösser sein als der Unterschied zwischen der Summe aller bisherigen Beiträge und der Summe aller Beiträge, die das Mitglied seit dem Eintritt in die Kasse für den höhern versicherten Verdienst hätte entrichten müssen (Artikel 12, Absatz 1, lit. a, b und d; Artikel 21).

⁴ Die Verdiensterhöhungsbeiträge werden in der Regel während 12 Monaten ratenweise, zusammen mit den wiederkehrenden Beiträgen erhoben. Bei längerer Verteilung sind sie gemäss Artikel 21, Absatz 7, zu verzinsen.

⁵ Die Beiträge werden bei Auszahlung der Besoldung abgezogen.

Artikel 33 Kürzung und Wegfall

¹ Ist die Ehefrau jünger als der Ehemann, so wird die Pension für jedes volle Jahr Altersunterschied von mehr als 15 Jahren um einen Fünftel gekürzt. Die Kürzung unterbleibt, wenn die Ehe wenigstens 20 Jahre gedauert hat.

² Die Witwenpension kann gekürzt oder entzogen werden, wenn die Witwe in der letzten Zeit der Ehe ihre Pflichten gegen die eheliche Gemeinschaft grob vernachlässigt hatte oder wenn sie ihre Pflichten gegen die Kinder grob verletzt.

³ Solange eine Witwe beitragspflichtiges Mitglied der Kasse ist, wird der ihrem Beschäftigungsgrad entsprechende Anteil der Witwenpension auf $\frac{7}{16}$ herabgesetzt.

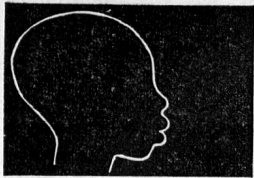
⁴ Hat die Witwe gleichzeitig Anspruch auf eine Invaliden- oder Alterspension der Kasse, so wird die höhere Pension voll ausgerichtet. Die andere Pension wird auf $\frac{7}{16}$ der statutarischen Höhe herabgesetzt.

⁵ Artikel 38 wird angewendet.

Sofern nicht gemäss Artikel 49, Absatz 1, eine Urabstimmung verlangt wird, treten diese Änderungen nach ihrer Genehmigung durch den Regierungsrat auf den 1. April 1981 in Kraft.

Bern, den 25. Juni 1980

Für die Delegiertenversammlung
Der Präsident: Fiechter
Der Sekretär: Baumberger



Besuch bei Stefan Matewa in der Toriroschule (Zimbabwe)

Viele mögen sich gefragt haben, ob unter der neuen Regierung in Zimbabwe-Rhodesien die Nyafaruschule wieder ihren normalen Betrieb aufnehmen werde, nachdem sie 1971 von der Smith-Regierung aus «Staatsicherheitsgründen» geschlossen worden war.

Sicher ist, dass täglich Tangwenaflüchtlinge über die Grenzberge ins Tal von Nyafaru kommen. Die Kinder dieser Familien haben dringend eine Schule nötig. Aber auch die Tangwenaschüler, die der BLV in den letzten Jahren fern von ihren Eltern auf verschiedenen Missionsstationen unterstützt hat, wollen natürlich so bald als möglich zu ihren Eltern nach Nyafaru zurückkehren. Im Kinderheim St. Albans in Toriro kümmert sich der ehemalige Schulpfleger von Nyafaru, Stefan Matewa, gegenwärtig allein um 117 Flüchtlingskinder.

Wie es heute in Toriro und in Nyafaru aussieht, vernehmen wir in einem Augenzeugenbericht von Frau Hedwig Meyer-Schneeberger, Präsidentin des FEPA, einer Organisation, mit welcher der BLV seit Beginn der Nyafaru-Schulhilfe 1962 eng zusammengearbeitet hat. Frau Meyer wurde als Vertreterin ihres Afrikahilfswerkes von der Mugabe-Regierung zu den Unabhängigkeitsfeiern im Mai nach Salisbury eingeladen. Ihr Bericht, für den wir hiermit herzlich danken, erscheint in drei Fortsetzungen im Berner Schulblatt.

Ueli Lütthi

Von der breiten, gut geteerten Hauptstrasse zweigt zwischen Inyazura und Rusape ein Feldweg ins *Inyazura Reservat* ab. Man sieht, dass 10 Jahre lang nichts an diesem Weg geflickt worden ist. Er sieht an einigen Stellen aus wie ein Bachbett, und wir fanden es geraten, aus dem Auto auszusteigen, um den Chauffeur allein über die Kanten der Gräben fahren zu lassen. Rundhütten mit verdorrten Maisäckern und spärlichen Sorghum und Bohnenfeldern wie auch kleinen Viehkraals standen hinter Bäumen und Zäunen. Über alles zog sich auf grossen Masten die Starkstromleitung dahin, die die Elektrizität vom Karibadamm im Norden zur Südwestgrenze bei Umtali führt, um den Städten und ihrer Industrie Energie zuzuführen. Welch ein Kontrast! Wir wurden als Weiße gross bestaunt, doch entlockte unser fröhliches «Moroi magadini» immer einen freundlichen Bescheid. Es ist nicht auszudenken, dass hier Monate vorher der Druck des Bürgerkrieges geherrscht hat, wo die Ausgangssperre für jeden, der noch nach 18 Uhr draussen war, den Tod bedeuten konnte und Brandbomben zur Bekämpfung der Guerilla auf die Hütten geworfen wurden.

Die Rüttelfahrt stoppte bei ein paar kleinen Häusern hinter blühenden Büschen, wo unsere afrikanischen Begleiter sogar noch einen Bekannten antrafen. Hier war das «Dorfzentrum» von Toriro mit seinem Laden. Dessen Besitzer, Jeremy, ein ehemaliger Lehrer, eine wichtige Persönlichkeit in der Gegend, wurde begrüsst. Dieser Mann hatte vier Söhne in der Guerilla-Armee, von denen er nicht wusste, ob sie noch lebten. Unzählige hatte er durch grosszügig gewährte Kredite das Leben gerettet. Dies war auch der Grund, dass er selber von den Guerilla als Freund gewertet wurde und un-

behelligt blieb. Merkwürdige Bergkegel hatten unsere Aufmerksamkeit erregt. Sie bestanden meist aus eigenartig aufeinander getürmten Felsbrocken und waren mit Buschwald bewachsen. Nach einer Wegbiegung sties- sen wir auf eine Ansammlung von weissen Häusern. Sie sahen eher aus wie ebenerdige Pavillons. Es war Stefan Matewas Toriro-Schule mit dem St. Alban's Kinderheim, den Schulhäusern, der kleinen Kirche und den Lehrerhäusern. An den Stirnseiten des langen, rechteckigen Platzes steht bei der Einfahrt zur Schule das stattlich gebaute Kinderheim mit seinem durch einen Giebel betonten Mittelteil und den beiden Flügeln. Hier sind die Schlafräume der Buben und Mädchen, völlig leer, mit Beigen von Decken an den Wänden entlang. Auf dem Lande wird in Zimbabwe auf dem Boden geschlafen. Der Mittelteil, dessen hinten angebautes Küchenhaus man nicht sieht, ist der Aufenthalts-, Ess- und Schulraum der Tangwenakinder. Die alte Missionskirche an der andern Stirnseite wird heute, nachdem sie dem Dorf Toriro übergeben worden ist, nicht mehr für Gottesdienste gebraucht, sondern dient als doppelter Schulraum. Auf beiden Langseiten des Platzes liegen die Schulpavillons für die Unter- und Oberprimarschule. Da steht auch der ausladende Baum, an dem eine leere Gasflasche hängt: Es ist die Schulglocke. Auf gleicher Linie, neben dem Kinderheim, stehen ausserhalb des rechteckigen Schulareals etwa vier Häuser für die 13köpfige Lehrerschaft. Die Matewafamilie bewohnt meistens das mittlere. Jeder der andern Lehrer nennt nur ein Zimmer sein eigen, sofern er ledig ist. Hinter den Häusern stehen die runden Kochhütten und, verschämt versteckt, die WC's in den mageren Gärten. Als Begrüssung singen und tanzen ein paar alte Frauen. Einige Kinder stehen da und staunen. Sie folgen uns in Matewas Haus, wo wir in der Küche mit etwas Tee erfrischt werden. Der bildhübsche zweite Matewasohn, Uri Pestalozzi, macht sich verschämt an mich heran mit der Bitte, ihm nächstes Jahr den Besuch der Peter-Sekundarschule zu ermöglichen. Hier möchte ich diese Bitte weitergeben, wenn's auch nicht die teure St. Peter's Schule ist, so doch ein anderes Internat. Schon früh haben Matewas Kinder Schulvisionen im Kopf, die sich der Vater mit seinem Lohn eines Landlehrers niemals leisten könnte. Man sieht sie gewöhnlich mitten in der andern Kinderschar, doch stechen sie heraus durch ihr aufgewecktes Wesen.

Auf dem Schulplatz beim grossen Baum erfolgt dann die offizielle Begrüssung durch die Honoratioren der Gegend, Mr. Jeremy ist da und andere mehr. Es fällt uns auf, wie gross die Ernüchterung ist über die neue Regierung nach den jubelüberbordenden Festtagen zur Unabhängigkeit. Alles ist (seit 14 Tagen!) noch beim Alten geblieben, zum Beispiel die Sorge, dass niemand eine Decke hat, um sich in den kalten Wintertagen auf dem Boden der Hütte schlafen zu legen. Diejenigen, die eine vom Roten Kreuz erhalten hatten, mussten sie an die Guerilla abtreten. Auf der Flucht blieben diese liegen, und die Armee hat sie verbrannt, einfach verbrannt. Kein Mensch hat in dieser geschundenen Gegend auch ein zweites Paar Schuhe. Sie mussten alles, was sie erübrigen konnten, den Guerilla abgeben. – Aber leider gibt es Tausende von noch ärger geschädigten Dörfern, mindestens eine Million Flüchtlinge ohne Dach über dem Kopf, eine verheerende Arbeitslosigkeit, dazu eine der grössten Geburtsraten in ganz Afrika; es ist kein Geld in den Kassen der Regierung, dafür sind Kriegsschulden da vom vorhergehenden Muzorewa-

Smith-Regime, zerstörte Spitäler und Schulen in die Tausende, Weisse, die sich den härter werdenden Lebensbedingungen durch Auswanderung entziehen und die Pflicht, für teures Geld all das benötigte unbenutzte «weisse» Land zurückzukaufen. Der Erwartungsdruck ist riesengross und die Enttäuschung ebenso, dass ihre Führer nicht mehr im Kontakt mit ihnen sind, sondern in den Büros der Hauptstadt dem Ansturm der Aufgaben gerecht zu werden versuchen. Zwar besteht die Pflicht für die Minister, die geschädigten Gebiete eines nach dem andern persönlich zu besuchen, aber nach Toriro werden sie wahrscheinlich noch lange nicht kommen!



Unterdessen besuchte ich die Schulzimmer, gefolgt von einigen Kindern. Toriro ist wirklich eine der ärmsten Schulen des Landes, aber sie ist entstanden durch *Selbsthilfe* einer ausgepowerten Bevölkerung. Das imponiert! Das Geld reichte nicht aus, um noch das letzte Schulzimmer ganz mit einem Eternitdach zu decken. So kann es vorläufig nicht gebraucht werden. Ein Schulzimmer der Unterschule hat auch nur zur Hälfte einen Zementboden. Es war keine Möglichkeit, mehr Zement zu beschaffen. Die hübsche Kirche mit einer schönen afrikanischen Madonna mit Kind auf einer Seite musste auch in zwei Schulzimmer umfunktioniert werden, ebenso der Ess- und Aufenthaltsraum der Tangwenakinder im Kinderheim. Kein Bild an den Wänden, kein Anschauungsmaterial. Was würden wohl unsere Berner Kinder sagen, wenn sie in einer solchen Armseligkeit zur Schule gehen sollten? Wandtafeln hat es auch nicht. Der Baumeister verputzt einfach eine Seite des Schulraumes sehr fein und bestreicht ein rechteckiges Stück der Wand mit schwarzer Farbe. Das genügt als Wandtafel. Dort sah man noch die Fragen der letzten Proben vor den Ferien. Wie hiess der Vater von Abraham? In dieser Klasse lernten sie anscheinend tüchtig biblische Geschichte. In der höheren Klasse stand noch die Geschichtsprüfung an der Wand. Etwas aus der Geschichte Zimbabwes oder Afrikas? Nein, nur Fragen aus der englischen. Kein Wunder, wenn alle Afrikaner aus allen Himmeln fallen, wenn sie entdecken, dass Englisch nicht die Sprache Europas und dass England nicht Europa gleichzusetzen ist. Wie ärmlich und lebensfern ist die Ausbildung dieser Afrikaner Kinder und wie privilegiert sind sie, verglichen mit den vielen Tausenden, die wegen Geldmangel nie zur Schule gehen können, da ihre Väter den Entschluss aufbrachten, ihnen wenigstens diese Schule zu bauen!

Hedwig Meyer-Schneeberger

Sektion Thun-Land

Unsere diesjährige Hauptversammlung verbanden wir mit einer Carfahrt ins Greyerzerland. Nach gemütlicher Fahrt über den Jaunpass mit dem Luxuscar «Heidi» konnte in Greyerz die Schaukäserei besichtigt werden. Anlässlich der Hauptversammlung konnten 49 neue Mitglieder aufgenommen werden. Präsident Heinz Moesch bedauerte in seinem Jahresbericht, dass die Lehrkräfte dem Lehrerverein ein eher geringes Interesse entgegenbringen. – Trotz Wiederwahlen verlief das vergangene Jahr ruhig.

Nach Genehmigung von Jahresrechnung und Budget mit erhöhten Jahresbeiträgen wurden gewählt: Als neuer Präsident Paul Zurbuchen, Blumenstein; als Vizepräsident Ernstpeter Zeller, Steffisburg. Neu ziehen auch Elisabeth Messmer und Marlise Häberli in den Vorstand ein.

Anschliessend besichtigten die über 100 Teilnehmer die Schokoladefabrik in Broc. Geschickt präsentierten die Vertreter der Nestlé ihr in der Schweiz mit Abstand grösstes Industrieunternehmen der Nahrungsmittelbranche.

Der Ausflug, neben Weiterbildung auch als Gelegenheit zur Kameradschaftspflege rege benutzt, schloss mit der Rückfahrt über die Autobahn.

H. Grossniklaus

An die Kollegenschaft

Anfangs September wird im Kanton Bern eine «Initiative für freie Schulwahl» gestartet. Dem Initiativkomitee gehören Vertreter fast aller Parteien sowie privater und staatlicher Schulen an. Bei dieser Initiative handelt es sich keineswegs um ein «Attentat» oder einen «Generalangriff» auf die Staatsschule, hingegen will sie den Gesetzgeber veranlassen, in gewissem Rahmen die Rückerstattung von Steuergeldern an diejenigen Eltern zu regeln, welche anstelle der staatlichen Schulen private oder sogenannte freie Institutionen benützen. Seit eh und je galt die Schweiz als das klassische Land privater Bildungsbestrebungen und -einrichtungen. Heute geht die Zahl der Privatschulen in die Hunderte. Fast alle Ideen in bezug auf eine öffentliche und allgemeine Erziehung entstammen dem Lebenswerk einzelner Pioniere. Vor etwa 150 Jahren hat der liberale Staat die Verwirklichung dieser Ideen resolut an die Hand genommen. Fraglos hat der Staat innerhalb des Bildungswesens seine bestimmte Aufgabe: er schützt alles Rechtliche, diesfalls vorallem den Erziehungsanspruch des Kindes. Was hingegen Lehrinhalte und Methodisches betrifft, das muss Sache der freien Forschung sein. Es gibt Privatschulen, welche die staatlichen Lehrpläne ohne weiteres übernehmen. Andererseits pflegen recht viele Lehrkräfte staatlicher Schulen regen Kontakt zu privaten und lassen sich Einblick geben in deren andersartige Methoden. Es ist dies eine selbstverständliche Voraussetzung pädagogischer Information und Entwicklung. Es geht also den Initianten lediglich darum, das bestehende reibungslose Verhältnis privater und staatlicher Schuleinrichtungen zu legitimieren im Sinne von etwas mehr Steuergerechtigkeit. Denn einen «Artikel», den ich nicht zu kaufen gedenke, sollte ich auch nicht bezahlen müssen. Zur Zeit läuft im Kanton Genf eine ähnliche Initiative, welche eine bessere «Chancen-

gleichheit» für das Portemonnaie der Eltern schaffen möchte. Wir bitten Sie um ein wohlwollendes und aktives Interesse an unserer Initiative.

*Franz Dodel, Habstetten
J. P. Murbach, Bern
Rud. Saurer, Bern*

Buchbesprechung

Hans Sommer, *Lebendiges Deutsch*. Ernste und heitere Sprachbetrachtungen. Neue Folge; Verlag Gute Schriften, Bern 1980, 178 Seiten.

Nach sieben Jahren (*Lebendiges Deutsch*, Bern 1973) veröffentlicht Hans Sommer wiederum eine Sammlung von diesmal 79, sprachlich meisterhaft geformten Betrachtungen; sie sind einzeln in Tageszeitungen erschienen, und er gliedert sie nun in fünf Abschnitte: Schweizerisches und Sprachgeographisches, Redensartliches, Namenfragen, Etymologisches, Sprachrichtigkeit und Grammatik.

Bei alltäglichen Wörtern (schön, aber, ja nein, sehr, schimpfen, wandern...) oder Redensarten (Trübsal blasen, Band hauen, den Vogel abschiessen...), die wir – oft zu einseitig auf Kommunikation bedacht – meist achtlos als Konstruktionsteilchen benutzen, bleibt Hans Sommer stehen und beginnt zu fragen, und der neugierig gewordene Leser gewahrt nun mit ihm die seltsamen Formen oder rätselhaften Inhalte des Unbeachteten, und auf vergnügliche Art vernimmt er Ursprung und Geschichte des Betrachteten. Neben den Etymologien stehen Zitate aus Werken älterer und moderner Dichter; damit wird das gesondert Untersuchte wieder in den Zusammenhang gestellt und belegt, welche inhaltlichen und stilistischen Werte in ihm stecken. Auf diese Weise zeigt Hans Sommer überzeugend in jeder Betrachtung, dass Sprache mehr ist als Kommunikationsmittel, dass sie «Abbild des wandelbaren Menschenwesens ist» (Seite 11), und er hilft mit dieser Sammlung «Lebendiges Deutsch» Lehrern aller Stufen bei der Besinnung auf unser köstliches Kulturgut: die Sprache.

Rudolf J. Ramseyer

L'Ecole bernoise

Section Bienne-La Neuveville de la SEB

Compte rendu du synode de printemps

Mercredi 11 juin 1980, à Diesse
Présidence: Claude Hirschi

Démissions

Aucun nouveau membre n'a demandé à entrer à la SEB. M^{mes} Danielle Swolensky, Marlyse Pfander, Danielle Born, Jacqueline Bassand et M. Laurent Stoppa démissionnent, alors que M^{mes} Marguerite Charmillot, Hedwige Glaus et Denise Hanché prennent leur retraite.

Félicitations

M^{mes} Gabrielle Kohler et Claire Eggerschwiler, ainsi que M. Jean-Pierre Zaech, sont félicités pour leurs 40 ans, respectivement 25 ans d'enseignement.

M. Lucien Bachmann est complimenté pour sa nomination à la présidence de l'Assemblée des délégués de la SEB.

Nominations

Nouveaux membres au comité de section: M^{me} Yvonne Tröhler et MM. Jean-François Wälchli et Thierry Laager remplacent M^{me} Myriam Gerber et MM. Erich Knuchel et Claude Hirschi qui terminent leur mandat.

Président du comité de section: Personne n'ayant accepté d'assumer la présidence, l'assemblée charge le comité de désigner un président; son choix sera ratifié au synode d'automne.

Rapport du caissier

La fortune de la caisse de section s'élevait à 4095 fr. 25 le 21 mai 1979 et à 4046 fr. 45 le 31 mars 1980.

Les décomptes étant effectués à des dates variables, les fluctuations de fortune ne peuvent être établies objectivement. Le bouclement se fera dorénavant à date fixe, soit le 31 mars.

Enquêtes

Age limite d'entrée à l'école: Selon les maîtresses de classes enfantines et de première et deuxième années primaires, de nombreux enfants entrent à l'école trop tôt et ne présentent pas un degré de maturité suffisant. Elles demandent donc que la date limite soit reportée au 31 décembre ou au 31 mars.

Les écoliers travaillent-ils trop? La SPR désirant traiter ce thème, elle aimerait connaître l'avis des enseignants, des parents et des élèves eux-mêmes.

Statuts de la SEB

Les nouveaux statuts de la SEB ont paru dans l'«Ecole bernoise» N° 21 du 23 mars 1980.

Les enseignants consultés à propos des trois sujets précédents sont priés d'envoyer leurs réponses jusqu'au mois de septembre.

Déplacement du début de l'année scolaire

En décembre 1981 aura lieu dans les cantons de Berne et de Zurich une votation sur le déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été. Les trois sections

françaises de la SEB approuvent sans restriction ces mesures. Tous les enseignants sont appelés à soutenir ce projet particulièrement important pour notre région.

Projet d'assurance mutuelle

La SPR propose l'adhésion des enseignants à une assurance mutuelle, afin de diminuer les primes individuelles; il n'y aura bien sûr aucune obligation d'affiliation. Il paraît que deux assurances existent déjà, il s'agit de la Jurassienne et de la caisse du Schweizerische Lehrerverein. L'assemblée donne son accord de principe à la SEJB, pour que celle-ci entreprenne une étude approfondie du problème.

Association des maîtres primaires

La cotisation pour l'année 1980 a été fixée à 10 francs. Elle permettra de régler les honoraires de M^e Steiner qui s'est occupé du recours concernant les heures supplémentaires.

Commission de coordination de Bienne

Une motion est acceptée, qui demande l'interdiction de fumer dans tous les locaux scolaires auxquels les élèves ont accès. Des campagnes de prévention contre la fumée, l'alcool et la drogue seront organisées à nouveau.

Prise de position des enseignants de La Neuveville concernant un article par dans le «Quinquet», le 7 mars 1980

Certains collègues de La Neuveville ont émis des critiques à propos d'un article qu'Yves Monnin a écrit dans le «Quinquet» au sujet des réélections. Dans un passage de cet article, on lit notamment: «Nous devons bien reconnaître qu'il existe aussi de mauvais enseignants. Durant la période de grave pénurie que nous avons connue, l'école normale a dû parfois admettre des candidats qu'on pourrait qualifier d'«assez faibles». Il est vrai que ce ne sont pas toujours les super-doués qui font les meilleurs instituteurs.»

On reproche à M. Monnin d'avoir fourni ainsi des motifs dits «pédagogiques» de non-réélection aux commissions d'école, d'avoir publié cet article, non dans un journal corporatif, mais dans un journal public, et de plus engagé politiquement, de s'être montré condescendant envers les collègues et l'école normale, de ne pas avoir consulté les enseignants.

M. Monnin rappelle simplement que pour lui, comme pour chaque enseignant, la liberté d'opinion et de presse existe encore. Il signale également, ainsi que la SEB l'a déjà communiqué aux collègues de La Neuveville, que l'article incriminé a été soumis au Comité directeur et au Comité cantonal qui l'ont approuvé avant sa publication. Il précise cependant que la SEB se devait d'informer les commissions scolaires et la population de la procédure de réélection des enseignants, raison pour laquelle elle ne l'a pas fait dans un journal corporatif. Il était bon également que la SEB reconnaisse que tous les enseignants ne sont pas nécessairement parfaits.

Contrairement à ce qu'ont craint certains collègues, l'article en question a provoqué des réactions positives de la part d'autorités qui ont réélu normalement leur corps enseignant, alors que l'on pouvait s'attendre à des difficultés.

La secrétaire: Cl. Bérond

Moutier: dans le cadre de la Quinzaine culturelle

A la découverte de la musique

Quatre causeries-auditions et un concert par le *Quatuor Mœckli*

Aula de l'Ecole du Clos, à 20 h. 30

Jeudi 4 septembre: Purcell – Lejeune – Bach
(extraits de l'«Art de la Fugue») – Boccherini

Mardi 9 septembre: Haydn – Mozart

Lundi 22 septembre: Beethoven – Schubert – Brahms

Lundi 29 septembre: Debussy – Bartok – Burkhard

Grande salle du Foyer, à 20 h. 30 (concert final)

Mardi 7 octobre: Purcell – Mozart – Mendelssohn

Le Quatuor Mœckli

C'est en 1962 que le violoniste Jean-Pierre Mœckli, alors élève du célèbre quartettiste Sandor Vegh, fonde son premier quatuor à cordes. Le succès des premiers concerts à Bienne, Neuchâtel, Berne et Dornach est concrétisé en 1964 par le Prix de la Ville de Bienne.

En 1968, Jean-Pierre Mœckli entre comme violoniste à l'Orchestre de chambre de Lausanne et forme un nouveau quatuor avec des musiciens lausannois, ensemble qui est appelé à jouer dans toute la Suisse romande et à enregistrer régulièrement pour la Radio suisse. Le Quatuor Mœckli comprend actuellement Jean-Pierre Mœckli, Pascal et Marie-Rose Grisoni, 2^e violon-solo et alto-solo de l'Orchestre de chambre de Lausanne, et Philippe Mermoud, violoncelle-solo de l'Ensemble instrumental de Lausanne et des solistes romands. Il vient d'être présenté à la Télévision romande dans l'émission musicale «Des yeux pour entendre».

Prix de l'abonnement au cycle complet: Fr. 35.-
(étudiants, JM, AVS: Fr. 20.-)

Prix des places par séance: Fr. 8.- (Fr. 5.-)

Prix des places au concert: Fr. 10.- (Fr. 6.-)

Ecoliers: entrée gratuite

Marché du travail dans le canton de Berne: forte baisse du chômage

Le nombre des chômeurs a encore baissé plus fortement en juin 1980 que le mois précédent dans le canton de Berne où l'on comptait 430 chômeurs à fin juin, soit 13 % de moins qu'en mai. Ce sont 233 hommes (9 % de moins que le mois précédent) et 197 femmes (17 % de moins) qui étaient sans emploi à cette date. La part des chômeurs complets à la population active atteignait moins de 0,1 % (moyenne suisse 0,2 % environ). Depuis mars 1976, les emplois vacants annoncés aux offices de placement étaient au nombre de 746, chiffre qui n'avait encore jamais été aussi élevé. L'offre la plus importante provient du secteur des métaux et machines, de la construction, des bureaux et commerces, de l'hôtellerie et de la restauration ainsi que du secteur de la santé. Les offices bernois du travail ont pu procurer un emploi à 148 personnes (mois antérieur: 136). Sur les chômeurs enregistrés le jour de référence, plusieurs avaient un engagement en vue qu'ils ont probablement obtenu depuis lors.

oid



Déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été

Résultats de la consultation

Au début du mois d'avril, la Direction de l'instruction publique a mis en consultation les projets relatifs au déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été. Sur 49 organes consultés, 42 ont répondu.

Ces réponses ont permis à la Direction de l'instruction publique de se faire une idée de l'opinion générale au sujet du déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été et des nombreux problèmes que posent les modifications nécessaires de la loi sur l'école primaire et de la loi sur les écoles moyennes ainsi que le décret relatif à la solution transitoire.

La Direction de l'instruction publique remercie tous ceux qui ont donné leur avis.

Mentionnons ci-après les résultats les plus importants:

1. Déplacement du début de l'année scolaire à la fin de l'été: attitude quant au principe

A l'exception de la Direction de l'agriculture, tous les participants expriment un avis positif quant au principe. Alors que les comités cantonaux des partis approuvent sans exception cette démarche de coordination externe, d'autres organes le font sans grande conviction. Chacun reconnaît toutefois que les nombreuses initiatives politiques et la réglementation spéciale applicable à la partie française du canton exigent une nouvelle décision. Il ressort clairement que l'harmonisation externe du système scolaire devrait s'accompagner d'une coordination interne plus urgente et plus profonde (harmonisation des plans d'études, âge uniforme d'entrée au premier degré de l'école secondaire, début uniforme de l'enseignement des langues vivantes). Par conséquent, l'uniformisation du début de l'année scolaire ne devrait ni constituer une fin en soi, ni se détourner des problèmes de coordination relativement urgents.

L'enquête menée par la Société des enseignants bernois relève une vaste divergence d'opinions. Alors que toutes les organisations de degrés se prononcent pour le début de l'année scolaire à la fin de l'été, les sections ne s'y rallient qu'à une faible majorité. L'attitude de ces dernières n'est pas uniforme à l'échelon régional. Certaines sections de villes ou de grandes agglomérations se prononcent contre le début de l'année scolaire à la fin de l'été, alors que des sections de la campagne y voient une contribution à la coordination scolaire.

Les organes consultatifs de la Direction de l'instruction publique et les commissions des écoles moyennes supérieures sont préoccupées, avant tout, par des questions de détail touchant la modification des lois et le décret.

Pour de nombreuses commissions de gymnases, l'étude de la question de principe est rendue difficile vu que le projet passe volontairement sous silence la date des examens de maturité et la durée de la formation gymnasiale après l'année scolaire longue. Il convient donc de revoir ce point de détail avec les organes directement concernés.

2. Réponses concernant la modification de la loi sur l'école primaire et de la loi sur les écoles moyennes

Etant donné qu'il n'y a pas de coupure avant le début du

second semestre, certains craignent des difficultés d'organisation.

Une date uniforme de référence (âge d'entrée à l'école) pour tout le canton (1^{er} mai) est demandée avec insistance.

3. Réponses concernant le décret

La solution transitoire proposée, basée sur une année scolaire longue au cours de laquelle les semestres seront répartis, et sur la renonciation à un élargissement des programmes d'enseignement, est acceptée à l'unanimité. Les périodes scolaires, telles que proposées pour la classe de première supérieure et pour les écoles moyennes de commerce, ainsi que les changements simultanés dans les écoles professionnelles sont également approuvés.

On ressent toutefois une certaine appréhension pour le cas où les écoles professionnelles et les organes responsables des apprentissages ne procéderaient pas aux changements en temps voulu. Il en résulterait une situation inconfortable pour certains degrés scolaires. Il en va de même des conditions d'engagement des maîtres aux écoles professionnelles et de commerce entre le 1^{er} avril et le 31 juillet 1982. Il est à remarquer que des réductions de traitements n'entreraient pas en ligne de compte et qu'il ne serait en général pas possible de convoquer ces maîtres à des cours de perfectionnement en raison de l'enseignement qu'ils doivent dispenser dans les classes inférieures.

Pour les entrées à l'école, deux variantes ont été proposées. Celle qui préconise le passage en quatre paliers remporte la majorité des suffrages. Cependant, d'autres participants à la consultation préfèrent un passage plus rapide en deux paliers.

La date proposée (entre les vacances de printemps et celles d'été) pour les examens d'admissions aux écoles secondaires et aux écoles moyennes supérieures est acceptée par tous.

Les dates mentionnées dans le projet pour les examens finals sont considérées comme opportunes. Il est cependant vrai que les écoles normales préfèrent les mois de février/mars 1983 pour les examens du brevet II. En outre, il faut encore prévoir des cours de perfectionnement tant pour les maîtres des écoles normales que pour les jeunes enseignants.

Pour l'année scolaire longue qui entraînera des dépenses supplémentaires (excursions, semaines d'études, etc.) quelques demandes de subventions supplémentaires ont été faites.

Dans plusieurs cercles, on souhaite une possibilité de démission supplémentaire au cours de l'année scolaire longue.

Les dispositions dérogatoires tendent à faciliter l'octroi de dispenses aux élèves de 9^e année. Dans tous les cas, on s'oppose à des fusions de classes.

Le groupe de travail mis sur pied par la Direction de l'instruction publique examinera encore les réponses qui lui sont parvenues et élaborera les propositions de modifications qui s'imposent. Ces dernières seront soumises à la Direction de l'instruction publique, puis aux différentes directions pour que le Conseil exécutif puisse accepter le projet en automne 1980. Le calendrier des travaux prévoit l'examen par le Grand Conseil durant les sessions de février et de mai 1981.

Le délégué à la coordination scolaire

Notre Caisse d'assurance

Lors de l'assemblée du 25 juin 1980, les 98 délégués présents ont approuvé sans opposition le rapport de gestion 1979 de la CACEB. Puis il appartient à M. Edgar Sulzberger, administrateur de la Caisse, d'apporter quelques compléments. Nous retiendrons les éléments suivants de son exposé:

«Dans différentes publications de la «Feuille officielle scolaire» et de l'«Ecole bernoise», nous avons orienté nos membres des dernières nouveautés (Complément I de nos statuts). Une des importantes modifications concerne l'article 23 qui donne des précisions au sujet de la retraite volontaire. Les membres qui ont cotisé durant plus de quatre ans reçoivent pour chaque année supplémentaire, dans le sens d'une prestation complémentaire de passage, un supplément de 4 % du total de leurs cotisations sans sommes de rachat. L'interdiction du versement en argent comptant nous contraint à verser l'indemnité de sortie à l'institution de prévoyance du futur employeur. Si le membre assuré ne reprend pas une nouvelle activité, nous avons la possibilité de verser l'indemnité soit sur une police de libre passage établie auprès du POOL des compagnies d'assurances sur la vie, soit sur un compte bancaire bloqué. Ces comptes bloqués ne sont pas sujets à l'imposition et permettent au membre de recevoir des intérêts supérieurs. Lorsque, plus tard, l'enseignant entre à nouveau dans une caisse de pension, le compte peut être débloqué et la contre-valeur utilisée pour un rachat éventuel ou une calculation des années de sociétariat.

»Un versement en espèces n'est possible que

- si une enseignante mariée ou sur le point de se marier cesse d'exercer une activité lucrative,
- si un membre fournit la preuve qu'il va se livrer à une activité lucrative indépendante,
- ou s'il quitte définitivement la Suisse.

»Il y a bien des membres qui ont quitté la Caisse ce printemps qui n'ont pas compris ces nouvelles dispositions. Cependant les différences éventuelles de points de vue ont pu être aplanies après discussion.

»Les dispositions transitoires permettent aux déposants de demander leur transfert à l'assurance durant l'année civile 1980. Les membres ont été informés de cette possibilité aussi bien par la «Feuille officielle scolaire» que par l'«Ecole bernoise». Nous avons en outre adressé une lettre personnelle à chaque déposant pour le rendre attentif à cette possibilité de transfert.

»Jusqu'à ce jour, 98 des 986 déposants l'ont demandé. Dans environ 150 autres cas, nous avons été appelés à calculer le montant de l'avoir du déposant, le montant d'une rente viagère ou celui d'une rente normale de la Caisse au moment de la mise à la retraite. Conformément à nos prévisions, de nombreux déposants se décideront encore peu avant la fin du délai de passage. J'aimerais vous prier de rendre vos collègues mariées qui font partie de la Caisse des déposants attentives à cette possibilité de transfert. A fin décembre 1980 le délai de passage sera échu.

»Dans l'année écoulée, il m'appartient d'aider les membres qui demandaient conseil en vue d'une retraite anticipée. Lors des discussions, les modalités purent être abordées et les membres furent informés de la procédure à suivre.

Une demande de retraite anticipée devrait, dans tous les cas, être précédée d'un congé de maladie.

»En cas de maladie, l'enseignant a droit à son salaire complet durant un certain temps. Lorsque, malgré ce congé de maladie et malgré tous les soins, il n'y a pas d'amélioration, le membre peut bénéficier d'une retraite provisoire pour une période déterminée ou éventuellement être mis à la retraite définitive. Parfois, il suffit de réduire le nombre des leçons hebdomadaires pour permettre à l'enseignant de reprendre une activité partielle. Nous avons alors la possibilité d'accorder une retraite partielle pour les heures qui ont dû être abandonnées. Nous ne devons pas oublier que l'Assurance invalidité fédérale n'accorde une rente que si l'assuré a été auparavant incapable de travailler durant 360 jours. Avec la Caisse de compensation de la SEB et notre rente complémentaire, le retraité reçoit des prestations qui peuvent atteindre son salaire brut antérieur.

»La moyenne d'âge de nos retraités est passablement élevée. Presque chaque année, nous avons la chance de féliciter un de nos membres pour son centième anniversaire et de lui remettre un petit cadeau.

»Aussi bien l'Office fédéral des statistiques que la Caisse fédérale d'assurance nous montrent que l'espérance de vie a augmenté. Les Suisses vivent plus longtemps, ce que prouvent les statistiques dans toutes les catégories d'âge. Les nouvelles tables de mortalité contraignent les caisses à consolider les réserves de couverture et à augmenter d'environ 7 % le capital de réserve. Parallèlement, il y aura lieu d'examiner si les tarifs de rachat devront être adaptés aux nouvelles conditions et si les cotisations prélevées chez les membres et chez les employeurs suffiront à assurer à l'avenir l'équilibre financier de la Caisse de retraite.

»Il y a une année, nous avons proposé l'introduction dans nos statuts d'un article permettant la retraite à la carte. L'Assemblée des délégués de la Caisse avait approuvé cette innovation. Malheureusement, le Conseil exécutif du canton de Berne n'a jusqu'à présent pas ratifié les dispositions correspondantes. Il ne saurait le faire tant que la Caisse d'assurance de l'administration cantonale ne connaît pas une disposition similaire. Une proposition semblable pour le personnel de l'Etat sera soumise au Grand Conseil en septembre prochain. Il nous reste à espérer qu'elle sera acceptée. L'année dernière, nous avons reçu dix demandes de retraite anticipée volontaire. Pour les raisons évoquées ci-dessus, nous avons dû ajourner nos décisions.

»Aujourd'hui, vous êtes appelés à vous prononcer sur un projet de statuts qui doit permettre l'assurance des maîtres nommés provisoirement (voir ci-après: Révision des statuts, Complément II). Bien que ces nouvelles dispositions signifient pour nous un surcroît de travail, nous nous y rallions. Elles permettront de combler une grave lacune dans la sécurité sociale des enseignants. Nous comprenons le vœu des autorités, des inspecteurs et de beaucoup de collègues qui souhaitent qu'à l'avenir les enseignants nommés provisoirement soient aussi couverts. Nous espérons que ceux qui sont directement concernés n'en seront pas mécontents, même s'ils doivent payer de nouvelles cotisations à la Caisse de retraite. Nous souhaitons que le Conseil exécutif ne refuse pas d'approuver la modification des statuts - elle coûtera à l'Etat et aux communes environ deux millions supplémentaires par année.

»Nos comptes annuels ont été contrôlés par la Commission de vérification au cours de dix séances. Outre les documents pour la calculation des gains assurés, cette vérification comprend une grande quantité de pièces justificatives et la comptabilité. Les décisions de la Commission de gestion et les dossiers de mises à la retraite sont également soumis à un examen.

»Chers délégués, j'aimerais vous remercier de votre collaboration pour le bien des membres et de la Caisse. J'aimerais vous encourager à nous faire part des problèmes que vous rencontrez. Peut-être pourrions-nous vous aider à les résoudre. Je remercie également toutes mes collaboratrices et tous mes collaborateurs pour le soutien efficace qu'ils m'ont apporté durant l'année écoulée.»

M. Sulzberger termina son exposé par une citation tirée de «Sources de la sagesse perse»:

«Il y a trois choses qu'il ne faut pas chercher, car ce serait vain: un savant dont les actes correspondraient aux connaissances, un homme énergique dont le cœur correspondrait aux actions et un ami sans faute.»

Caisse d'assurance du corps enseignant bernois

Révision des statuts

L'assemblée des délégués du 25 juin 1980 a accepté le *complément II* suivant aux statuts du 24 janvier 1973:

Les statuts du 24 janvier 1973 sont modifiés comme suit:

Article 2 Membres de la Caisse

¹ Sont tenus de s'affilier à la Caisse sous réserve de l'alinéa 4:

- a) les membres du corps enseignant nommés à titre définitif ou provisoire pour une année au moins aux écoles primaires et aux écoles moyennes publiques du canton de Berne;
- b) les membres du corps enseignant nommés aux établissements de l'Etat fréquentés par des élèves en âge de scolarité obligatoire;
- c) les maîtresses d'ouvrages et d'enseignement ménager nommées à titre définitif ou provisoire pour une année au moins aux écoles et établissements désignés ci-dessus;
- d) les maîtresses d'école enfantine nommées à titre définitif ou provisoire pour une année au moins.

² Peuvent être admis dans la Caisse par décision de la Commission d'administration sous réserve de l'alinéa 4:

- a) les membres du corps enseignant nommés à titre définitif ou provisoire pour une année au moins aux écoles professionnelles publiques du canton de Berne;
- b) les membres du corps enseignant nommés pour une année au moins dans le canton de Berne aux écoles et établissements ne dépendant pas de l'Etat;
- c) les membres du corps enseignant titulaires du brevet bernois nommés à des écoles et des établissements situés hors du canton de Berne ainsi qu'aux écoles suisses à l'étranger, pour autant qu'il n'existe pas d'autre possibilité d'assurance appropriée;
- d) le personnel de la Caisse et celui d'institutions dont l'activité est en rapport étroit avec l'école bernoise.

L'affiliation des personnes désignées au présent alinéa est subordonnée à la condition que leur employeur s'oblige à verser à la Caisse la totalité des cotisations et contributions statutaires, à moins que le Grand Conseil n'ordonne par décret un autre mode de couverture.

³ Les membres du corps enseignant nommés pour un 2^e semestre seront traités comme leurs collègues nommés pour une année au moins.

⁴ Les membres du corps enseignant dont l'activité n'atteint pas au moins 34 % des leçons obligatoires réglementaires ne sont pas admis. Cette règle ne s'applique toutefois pas aux maîtresses d'ouvrages et d'enseignement ménager.

⁵ Sont réputés membres du corps enseignant au sens des présents statuts les instituteurs et institutrices primaires, les maîtres et maîtresses secondaires, les maîtres et maîtresses de gymnase, les maîtres et maîtresses d'école professionnelle, les maîtresses d'ouvrages et d'enseignement ménager ainsi que les maîtresses d'école enfantine titulaires d'un brevet reconnu par l'Etat.

Article 3 Acquisition et perte de la qualité de membre

¹ La qualité de membre s'acquiert à la date fixée par la Caisse lors de l'affiliation. En règle générale, cette date coïncide avec le début du semestre scolaire.

² La qualité de membre s'éteint par la perte du poste auquel l'affiliation à la Caisse est liée en vertu de l'article 2.

³ Le membre reste affilié à la Caisse et verse les cotisations s'il est nommé provisoirement pour un temps déterminé ou si son activité est réduite au maximum durant une année à moins de 34 % des leçons obligatoires.

⁴ Les bénéficiaires de rentes d'invalidité ou de vieillesse selon l'article 25 et de rentes viagères provenant d'un dépôt d'épargne selon l'article 44 conservent leur qualité de membre.

⁵ Les articles 4 et 5 demeurent réservés.

Article 11 Traitement assuré

¹ La législation cantonale fixe le traitement assuré des membres de la Caisse rétribués conformément aux dispositions cantonales ou en vertu de règlements communaux approuvés par le Conseil exécutif.

² Pour les autres membres, la Caisse détermine le traitement assuré après avoir consulté les employeurs intéressés.

³ Lorsque le traitement subit une diminution par suite de réduction d'activité au dernier poste ou de la suppression d'une allocation liée à une charge, le membre a les possibilités suivantes pour la part de traitement supprimée:

- a) maintenir son traitement assuré s'il prend à sa charge les contributions de l'employeur afférentes à la part de traitement perdu ou
- b) reconcer à l'assurance de la part de traitement perdu; dans ce cas, il aura droit au remboursement de ses cotisations personnelles sans intérêt.

Le membre doit faire connaître sa décision à la Caisse dans un délai de 30 jours; elle est irrévocable.

⁴ Si le traitement assuré subit à nouveau une augmentation, la plus-value de l'assurance liée à l'alinéa 3, lettre a, doit être compensée.

⁵ Les allocations liées à une charge peuvent être maintenues dans l'assurance sans compensation ultérieure si elles ont été assurées pendant 10 ans au moins et si l'abandon de la charge se produit 10 ans au plus avant l'âge de la retraite facultative.

⁶ Lorsque le traitement assuré subit une diminution pour d'autres que celles prévues à l'alinéa 3 (changement de poste, etc.), les cotisations personnelles sont remboursées au membre selon l'alinéa 3, lettre b.

Article 12 Cotisations des membres

¹ Les cotisations des membres de la Caisse sont les suivantes:

- a) une cotisation périodique de 7 % du traitement assuré;
- b) une cotisation mensuelle de 3 francs destinée à financer les suppléments de rente prévus à l'article 27, alinéa 3. Pour les membres qui n'exercent pas leurs fonctions à plein temps, cette cotisation sera échelonnée équitablement par une disposition d'exécution;
- c) en cas d'augmentation générale des traitements assurés, une cotisation unique à fixer par les dispositions d'exécution de manière telle qu'elle couvre, avec les contributions des employeurs, l'accroissement des charges qui en résulte pour la Caisse. Une décision de l'Etat concernant un autre mode de couverture demeure réservée;
- d) une cotisation unique égale à $\frac{5}{12}$ pour chaque augmentation individuelle du traitement assuré. Les alinéas 2 et 3 demeurent réservés.

² Le membre âgé de 59 ans révolus au moment où il reçoit une augmentation individuelle de traitement peut renoncer à l'assurance de celle-ci. S'il désire assurer l'augmentation individuelle de son traitement, il doit payer la réserve mathématique nécessaire, sous déduction d'une éventuelle participation de l'employeur. Le membre doit faire connaître sa décision à la Caisse dans les 30 jours. Elle est irrévocable.

³ En cas d'augmentation individuelle du traitement assuré par suite d'un changement d'horaire, la cotisation unique ne devra pas dépasser la différence entre la somme de toutes les anciennes

cotisations versées et la somme des cotisations calculées sur le nouveau traitement assuré plus élevé que le membre aurait dû payer depuis son admission (article 12, alinéa 1, lettres a, b et d, article 21).

⁴ Les cotisations découlant d'augmentations du traitement assuré sont en règle générale perçues en 12 termes en même temps que les cotisations périodiques. Un intérêt en vertu de l'article 21, alinéa 7, doit être exigé si la répartition se fait sur une période plus longue.

⁵ Les cotisations sont retenues sur les traitements.

Article 33 Réduction et suppression de la rente

¹ Si le défunt était plus âgé que son épouse, la rente subit une réduction de $\frac{1}{50}$ par année entière de différence d'âge excédant 15 ans. Il n'y a pas de réduction lorsque l'union conjugale a duré 20 ans au moins.

² La rente peut être diminuée ou supprimée si la veuve a gravement négligé ses obligations conjugales durant les derniers temps du mariage ou si elle manque gravement à ses devoirs envers ses enfants.

³ Aussi longtemps que la veuve est tenue de verser des cotisations à la Caisse, la part de la rente de veuve correspondant à son degré d'activité est réduite aux $\frac{7}{16}$.

⁴ Lorsque la veuve a droit, en plus de sa rente de veuve, à une rente d'invalidité ou de vieillesse de la Caisse, la prestation la plus élevée lui est versée intégralement. L'autre pension est réduite aux $\frac{7}{16}$ de la prestation statutaire.

⁵ L'article 38 est applicable.

Si la votation générale selon l'article 49, alinéa 1, n'est pas demandée, ces modifications entreront en vigueur le 1^{er} avril 1981 après avoir été approuvées par le Conseil exécutif.

Berne, le 25 juin 1980

Pour l'assemblée des délégués
Le président: *Fiechter*
Le secrétaire: *Baumberger*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnengasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunnengasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunnengasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.